

t r a n s  
p o s i t i o n e n



Jacques Rancière

*Zehn Thesen zur Politik*

Aus dem Französischen von  
Marc Blankenburg

diaphanes

Titel des französischen Originaltextes:

*Dix thèses sur la politique*

© La Fabrique-Éditions, Paris 2000

1. Auflage

ISBN 978-3-03734-031-8

© diaphanes, Zürich-Berlin 2008

[www.diaphanes.net](http://www.diaphanes.net)

Alle Rechte vorbehalten

Satz und Layout: 2edit, Zürich

Druck: Pustet, Regensburg

## Zehn Thesen zur Politik



## These 1

Politik ist nicht die Ausübung von Macht. Politik muss durch sich selbst definiert werden, als eine spezifische Handlungsweise, ausgeführt von einem eigenen Subjekt und beruhend auf einer eigenen Rationalität. Es ist die politische Beziehung, die es erlaubt, das politische Subjekt zu denken, und nicht umgekehrt.

Man spart die Politik von vornherein aus, wenn man sie mit der Ausübung der Macht und dem Kampf um deren Besitz gleichsetzt. Man spart aber auch ihr Denken aus, wenn man sie als eine Theorie der Macht oder als eine Suche nach der Grundlage ihrer Legitimität auffasst. Wenn die Politik etwas Spezifisches ist, und nicht einfach nur Art und Weise einer größeren Zusammenkunft, oder eine durch ihre Legitimationsweise ausgezeichnete Form von Macht, dann deshalb, weil sie ein Subjekt betrifft, das ihr eigen ist, und weil sie es in Form einer Bezüglichkeit [*mode de relation*] betrifft, die sie als eigen definiert. Eben das sagt Aristoteles, wenn er im Buch I der *Politik* die politische Herrschaft von allen anderen unterscheidet, nämlich als Herrschaft über Gleiche, oder wenn er im Buch III den Bürger als denjenigen bestimmt, der »teilhat am Umstand des Herrschens, und an dem, beherrscht zu werden«. Das Ganze der Politik liegt in dieser spezifischen Beziehung, diesem *Teilhaben*, und eben dies gilt es auf

seine Bedeutung und auf seine Möglichkeitsbedingungen hin zu befragen.

Diese Befragung über das »Eigene« der Politik muss tatsächlich sorgfältig unterschieden werden von den heute verbreiteten Aussagen über eine Rückkehr der Politik. Wir haben erlebt, wie in den letzten Jahren im Rahmen des staatlichen Konsens Behauptungen sprossen, die das Ende der Illusion des Sozialen und die Rückkehr zu einer reinen Politik verkünden. Diese Behauptungen stützen sich für gewöhnlich auf eine Lektüre eben jener aristotelischen Texte, vermittelt durch die Interpretationen von Leo Strauss und Hannah Arendt. Diese Lektüren setzen im Allgemeinen die »eigene« politische Ordnung mit der des »*eu zen*« gleich, im Gegensatz zu der als Ordnung des einfachen Lebens gefassten des »*zen*«. Ausgehend davon wird die Grenze des Häuslichen und des Politischen zu der des Sozialen und des Politischen. Und dem durch das eigene Wohl bestimmte Ideal der Stadt, im Sinne von *polis*, setzt man die traurige Realität der modernen Demokratie entgegen, als Herrschaft der Massen und der Bedürfnisse. In der Praxis wird durch dieses Zelebrieren der reinen Politik die Tugend des politischen Wohls den Regierungsoligarchien mitsamt den ihnen zu Seite stehenden Experten überlassen. Das heißt, dass die angebliche Reinigung des Politischen, befreit von der Notwendigkeit des Häuslichen und des Sozialen, ganz einfach auf die Reduktion des Politischen auf das Staatliche hinausläuft.

Hinter der gegenwärtigen Posse der »Rückkehr« der Politik oder der politischen Philosophie gilt es den fundamen-

talen Teufelskreis zu erkennen, der die politische Philosophie kennzeichnet. Dieser Teufelskreis liegt in der Deutung des Verhältnisses zwischen der politischen Beziehung und dem politischen Subjekt. Gesetzt wird zunächst eine der politischen Existenz eigene Lebensweise. Die politische Beziehung leitet sich dann aus den Eigenschaften dieser spezifischen Erfahrungswelt ab. Man erklärt sie durch die Existenz einer Persönlichkeit, die das Wohl oder die Universalität als spezifisches Element hat, entgegengesetzt zur Welt des Privaten oder des Häuslichen der Bedürfnisse und Interessen. Kurzum, man erklärt die Politik als den Vollzug einer Lebensweise, die jenen eigen ist, die für sie bestimmt sind. Man setzt als Fundament der Politik diese Aufteilung, die in Wirklichkeit ihr Gegenstand ist.

Das Eigene der Politik ist demnach von vornherein verloren, wenn man sie als spezifische Erfahrungswelt denkt. Die Politik kann sich durch kein Subjekt definieren, das ihr vorausginge. Vielmehr muss die politische »Differenz«, die es erlaubt, das Subjekt der Politik zu denken, in der Form der politischen Beziehung aufgesucht werden. Nimmt man noch einmal die aristotelische Definition des Bürgers, so gibt es einen Namen für das Subjekt (*polites*), das sich definiert durch ein Teilhaben (*metexis*) an einer Handlungsweise (*archein*) und am Erleiden, das diesem Handeln entspricht (*archesthai*). Gibt es ein Eigenes der Politik, so macht es sich ganz und gar fest in dieser Beziehung, die keine Beziehung zwischen Subjekten ist, sondern eine Beziehung zwischen zwei einander widersprechenden Termen, durch die sich ein Subjekt defi-

niert. Die Politik verschwindet, sobald man diesen Knoten zwischen einem Subjekt und einer Beziehung löst. Eben dies geschieht in allen Fiktionen, seien sie spekulativ oder empiristisch, die den Ursprung der politischen Beziehung in den Eigenschaften ihrer Subjekte und den Bedingungen von deren Zusammenkunft suchen. Die traditionelle Frage: »Aus welchem Grund kommen die Menschen in politischen Gemeinschaften zusammen?« ist immer schon eine Antwort, und zwar eine Antwort, die den Gegenstand, den sie zu erklären oder zu begründen behauptet, verschwinden lässt, das heißt die Form des politischen Teilhabens, die dann im Spiel der Elemente oder Atome der Soziabilität verschwindet.